presse

AG Wirtschaft und Energie

Unabhängig vom Geldbeutel an Innovationen im Gesundheitsbereich teilhaben

***Bernd Westphal**, wirtschaftspolitischer Sprecher;*
***Gabriele Katzmarek**, zuständige Berichterstatterin:*

Seit Mai 2015 tauscht sich die SPD-Bundestagsfraktion regelmäßig im SPD-Fachforum „Industrielle Gesundheitswirtschaft“ mit Vertreterinnen und Vertretern der Pharmaindustrie, Medizintechnik und Biotechnologie, Wissenschaft, von Verbänden und Gewerkschaften aus. Heute fand das dritte Fachforum statt, bei dem das von der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie verabschiedete Thesenpapier „Die Industrielle Gesundheitswirtschaft als Rückgrat der deutschen Gesundheitswirtschaft stärken“ öffentlich vorgestellt wurde.

„Mit dem Fachforum „Industrielle Gesundheitswirtschaft“ bieten wir als SPD-Bundestagsfraktion den unterschiedlichen Akteuren der Industriellen Gesundheitswirtschaft eine Plattform, gemeinsame Chancen und Herausforderungen zu identifizieren und zu diskutieren, um langfristig Beschäftigung, Wachstum und Innovation am Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern und auszubauen.

Das heute der Öffentlichkeit vorgestellte Thesenpapier verdeutlicht, dass die Industrielle Gesundheitswirtschaft nicht nur Kostenfaktor im Bereich der Sozialversicherung, sondern auch Wirtschaftsfaktor ist. Mit den Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie der Produktion vielfältiger Produkte leistet die Branche einen enormen volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen. Sich mit dem Leitmarkt Gesundheitswirtschaft auseinanderzusetzen wie im Koalitionsvertrag beschlossen, und das im Dialog mit allen Beteiligten der Branche, ist der SPD ein wichtiges Anliegen. Mit dem Thesenpapier ist der erste Schritt getan. Jetzt gilt es, gemeinsam mit den handelnden Akteuren Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungen vorzubereiten.

Für uns als SPD ist wichtig, dass alle Menschen, unabhängig vom Geldbeutel,

an den Innovationen im Gesundheitsbereich teilhaben können. Das paritätisch finanzierte System der gesetzlichen Krankenversicherung muss dafür wieder eingeführt werden.“